



Focus

Kosovo

Wirtschaftliche und soziale Lage

Öffentlich

Regio Desk Europa/GUS/Asien
Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern

15. März 2004

Schrankenerklärung

Das vorliegende Produkt wurde von der Sektion Analysen des Schweizerischen Bundesamtes für Flüchtlinge (BFF) erstellt. Der Inhalt basiert grundsätzlich auf öffentlichen Informationsquellen, welche mit grösstmöglicher wissenschaftlicher Sorgfalt recherchiert, ausgewertet und aufbereitet worden sind. Kein Produkt der Sektion Analysen erhebt den Anspruch, ein erschöpfendes Bild zu einem bestimmten Land oder zu einer bestimmten Fragestellung zu vermitteln. Es lassen sich daraus weder die Asylrelevanz eines individuellen Vorbringens noch ein allfälliger Flüchtlingsstatus ableiten. Auch lassen sich überholte, unvollständige, unpräzise oder unkorrekte Angaben nicht in allen Fällen ausschliessen. Die Berücksichtigung von nicht amtlichen Quellen verleiht diesen keinen amtlichen Charakter. Das vorliegende Dokument kann nicht als politische Stellungnahme seitens der Schweiz oder deren Behörden gewertet werden.

Clauses limitatives

Le présent document a été élaboré par la Section Analyses de l'Office Fédéral des Réfugiés (ODR) en Suisse. En principe son contenu repose sur des informations publiques. Celles-ci ont été recherchées, exploitées et présentées le plus scrupuleusement possible du point de vue scientifique. Les documents de la Section Analyses ne prétendent pas donner une image exhaustive des pays traités ou apporter une réponse définitive aux thèmes abordés. De même, ils ne permettent pas de déduire si les arguments invoqués par une personne sont déterminants pour l'octroi de l'asile, ni si le statut de réfugié doit être accordé à cette dernière. En outre, des données dépassées, incomplètes, imprécises ou incorrectes ne sont pas totalement exclues. A noter que l'utilisation de sources non administratives ne leur confère pas pour autant un caractère officiel. Enfin, le présent document ne peut pas être considéré comme une prise de position politique de la Suisse ou de ses autorités.

Disclaimer

The product at issue has been compiled by the Section of Analysis of the Swiss Federal Office for Refugees (FOR). In principle the contents are based on public sources. All the information provided has been researched, evaluated and processed with utmost care. No product of the Section of Analysis claims to provide an exhaustive picture of a certain country or a particular matter. Nor may conclusions be drawn from it as to the merits of any claim to refugee status or asylum. Outdated, incomplete, inaccurate or incorrect information cannot be ruled out. The consideration of non-official sources does not endow these with official character. The present document is not a political statement on the part of Switzerland or its authorities.

Kernaussage

Die wirtschaftliche Aufbruchstimmung der Jahre 1999 ff. ist verfliegen. Die Aussichten sind düster, ein Wirtschaftsaufschwung ist nicht absehbar. Die Arbeitslosigkeit von ca. 57 Prozent ist hartnäckig hoch. Mit 900 € ist das durchschnittliche Jahreseinkommen Erwerbstätiger auch im regionalen Vergleich tief. Die monatlichen Lebenshaltungskosten für eine durchschnittliche Familie (6,3 Personen) betragen 340 €. Anfang 2004 lebten 52'000 Familien von einer Sozialhilfe von 62 €.

1. Wirtschaftliche Lage in der Region

Kosovo und die übrigen südosteuropäischen (Nachbar-)Staaten befinden sich mitten in einem unterschiedlich weit gediehenen wirtschaftlichen Transformationsprozess von staatswirtschaftlichen zu marktwirtschaftlichen Strukturen. Arbeitslosigkeit, soziale Not, Armut und Perspektivlosigkeit heissen dabei die allorts in unterschiedlicher Intensität anzutreffenden Begleiterscheinungen.

1.1 Düstere wirtschaftliche Lage im Kosovo

Die wirtschaftliche Aufbruchstimmung der Jahre 1999 ff. ist verfliegen. Der Boom und die wirtschaftliche Scheinblüte, ausgelöst durch Flüchtlingsrückkehr, Wiederaufbau und massive internationale Präsenz, sind zusammengebrochen. Es herrscht wirtschaftliche Stagnation.¹ Weder die wirtschaftliche noch die politische Entwicklung kommen weiter voran. Äussere Kennzeichen sind in allen Bezirken anzutreffende überdimensionierte, verlassene und trostlose Industriegelände aus planwirtschaftlichen jugoslawischen Zeiten. Zahlreiche Neubauten dagegen – Symbole des vermeintlichen Aufschwungs – stehen auf illegalem Grund und werden teilweise mit aus dubiosen Quellen stammenden (Schwarz-)Geldern finanziert.²

1.2. Privatisierung

Ungelöste Eigentums- und Grundbesitzfragen stellen ebenso eine erhebliche, entwicklungshemmende Altlast dar. Zwar begann im Mai 2003 die Kosovo Trust Agency (KTA) – eine Abteilung der Europäischen Agentur für Wiederaufbau im Kosovo – mit der Privatisierung von ca. 500 Unternehmen. Wegen unterschiedlich gelagerten politischen Schwierigkeiten und abweichenden Rechtsauffassungen der verschiedenen beteiligten Akteure ist der Prozess nun schon seit sechs Monaten blockiert. Allerdings würden auch erfolgreiche Privatisierungen weitere Entlassungen und soziale Probleme nach sich ziehen.

1.3. Wirtschaftskriminalität und Korruption

Wirtschaftskriminalität ist ein alltägliches Phänomen und die Korruption ist nicht nur für einheimische, sondern teilweise auch für internationale Amtsinhaber kein Fremdwort.³ So wurde beispielsweise der frühere deutsche Chef

¹ Neue Zürcher Zeitung. Zürich. 25. Februar 2004.

² Österreichische Militärische Zeitschrift. Wien. 4/2003.

³ Frankfurter Allgemeine Zeitung. Frankfurt. 12. Juni 2002.

der Kosovo-Elektrogesellschaft (KEK) der Korruption überführt.⁴ Unklarheiten über den endgültigen Status des Kosovo, unregelmäßige Eigentumsrechte, schattenwirtschaftliche Strukturen sowie ein fehlendes gesetzliches System für eine wirksame Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität begünstigen Missbrauch und Korruption. Die UNMIK-Kampagne 'Keine Toleranz für Korruption' hat in diesem Umfeld wenig Chancen auf Erfolg.⁵

1.4. Infrastruktur mit Defiziten

Wasser- und Stromversorgung sind trotz gewaltiger Investitionen auch im fünften UNMIK-Jahr weiterhin problematisch, auch wenn letztere im vergangenen Winter etwas besser funktionierte. Die maroden und veralteten Kosovo-Energiebetriebe schaffen die Nachfrage vor allem im Winter nicht. Allerdings ist auch die Zahlungsmoral der meisten Stromkunden miserabel.⁶

1.5. Kaum mehr ausländische Investitionen

Die führenden kosovo-albanischen Politiker machen für das Versiegen dringend benötigter Investitionen praktisch ausschliesslich die ungeklärte Status-Frage verantwortlich. Fehlendes ausländisches Kapital in verschiedensten anderen Staaten mit einem eindeutigen Status belegen jedoch, dass die Gründe dafür komplexer sind.

1.6 Wirtschaftlicher Aufschwung in Sicht?

UNMIK versucht im vorgegebenen Protektoratsrahmen die Wirtschaft zu beleben und schloss im Juli 2003 – trotz Protest der serbischen Regierung – ein Freihandelsabkommen mit Albanien. Vorverhandlungen zu weiteren Abkommen mit Staaten der Region werden geführt.⁷ Die Ende Januar in London abgehaltene Konferenz über die wirtschaftliche Lage in Kosovska Mitrovica machte hingegen deutlich, dass der grösstenteils stillstehende Trepca-Industriekomplex, einst der wichtigste Arbeitgeber im Kosovo, seine frühere Bedeutung auch nicht annähernd zurückgewinnen können. Trotz enormer internationaler Unterstützung ist es bisher nicht gelungen, eine Wachstumsdynamik einzuleiten. Die aktuellen schwer wiegenden Standortnachteile sind nicht rasch wettzumachen und somit die gesamtwirtschaftlichen Perspektiven selbst mittelfristig wenig verheissungsvoll. Die Staatengemeinschaft wird Kosovo wohl noch längere Zeit unterstützen müssen.

2. Hohe Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit bleibt hartnäckig hoch. Die jüngsten offiziellen Zahlen des Arbeitsamtes von Kosovo geben 57 Prozent⁸ oder 280'385 Arbeitslose an.⁹ Je nach Quelle schwanken die Zahlen zwischen 38 und über 60 Prozent.¹⁰ Mehr als die Hälfte der Erwerbsfähigen sind ohne, oder zumindest

⁴ Süddeutsche Zeitung. München. 4. Juli 2003.

⁵ Süddeutsche Zeitung. München. 4. Juli 2003.

⁶ Frankfurter Allgemeine Zeitung. Frankfurt. 26. Januar 2004.

⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung. Frankfurt. 18. Dezember 2003.

⁸ Deutsche Welle Monitordienst Osteuropa. Köln. 28. Januar 2004.

⁹ KosovaLive. Pristina. 3. Januar 2004.

¹⁰ KosovaLive. Pristina und Schweizerisches Verbindungsbüro in Pristina. 3. November 2003 und 16. Januar 2004.

ohne regelmässiges Einkommen. Diese Zahlen werden durch den Umstand leicht relativiert, dass viele Personen Geld in der Grau- und Schattenwirtschaft verdienen, die sich der statistischen Erfassung entziehen.

3. Beschäftigungssituation

Bereits im Verlauf des Jahres 2003 baute die UNO-Mission Kosovo (UNMIK) gegen ein Drittel von einst 15'000 Stellen ab.¹¹ Unzählige andere NGO gingen bereits früher weg und entliessen ihr einheimisches Personal. Dies ist umso folgenschwerer, als die NGO jeden dritten Arbeitsplatz stellten und deutlich besser bezahlt haben als einheimische Arbeitgeber. Von den 50'000 'Firmen' haben 90 Prozent drei oder weniger Beschäftigte. Viele davon sind im Handel und im Baugewerbe tätig. Daneben existiert eine kleinbäuerliche Landwirtschaft. Neue Stellen entstehen kaum und auch Ausbildungsplätze sind in allen Sektoren rar.

4. Lebenshaltungskosten und Verdienst

Im Kosovo beträgt das durchschnittliche Jahreseinkommen 900 €. Im Vergleich dazu in Albanien 1'600 und in Mazedonien und Serbien und Montenegro rund 2'000 €. ¹² Eine kosovo-albanische Familie (im Durchschnitt 6,3 Mitglieder) braucht monatlich gegen 340 €. ¹³ Gemäss einer anderen Quelle können sich bescheiden bemessene Lebenshaltungskosten für eine Familie von vier bis sechs Personen auf 250 € belaufen. ¹⁴ Dem steht ein durchschnittliches Bruttogehalt eines Angestellten von 180 € ¹⁵ oder eines Fabrikarbeiters von 150 € ¹⁶ gegenüber. Mit grösseren Lohnerhöhungen ist in kaum einem Erwerbszweig zu rechnen. Ebenso sind die Überweisungen aus dem Ausland in den letzten Jahren tendenziell gesunken. Grösstenteils geht es dabei oft auch um unregelmässig geschickte Beträge von 20 bis 100 €.

5. Sozialhilfe und Renten

Die soziale Lage ist für weite Teile der Bevölkerung unbefriedigend. Anfang 2004 lebten 52'000 Familien von einer Sozialhilfe von 62 €. Dieselbe Unterstützung wird an 6'500 Kriegsinvaliden und Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen ausbezahlt. Rentner erhalten monatlich 36 €. Sozialhilfe wird jedoch sehr restriktiv gewährt. Personen mit traditionell unterstützungspflichtigen nahen Verwandten im Ausland erhalten keine Sozialhilfe. Es besteht die berechnete Regelvermutung, dass sie von diesen finanziell unterstützt werden. ¹⁷ Ebenso wird auch beim Besitz von oft kaum ins Gewicht fallenden Vermögenswerten keine Unterstützung gewährt.

¹¹ Die Zeit. Hamburg. 8. Mai 2003.

¹² Deutsche Welle Monitor-Dienst. Osteuropa. Köln. 20. Februar 2004.

¹³ Deutsche Welle Monitor-Dienst. Osteuropa. Köln. 20. Februar 2004.

¹⁴ Schweizerisches Verbindungsbüro in Pristina. 12. November 2003.

¹⁵ Deutsche Welle Monitor-Dienst. Osteuropa. Köln. 20. Februar 2004.

¹⁶ Schweizerisches Verbindungsbüro in Pristina. 12. November 2003.

¹⁷ Schweizerisches Verbindungsbüro in Pristina. 5. Februar 2004.

5.1 Keine Bekämpfung der Armut

Eigentliche Programme zur Bekämpfung der Armut wurden seit 1999 keine aufgestellt. Allerdings steht dafür auch kaum Budget zur Verfügung.